

Lukas Egger*

Tinkering Around the Edges

Eine Kritik der liberalen Gefängnisreformen in den USA und ihrer sozialtheoretischen Legitimationserzählung¹

Zusammenfassung: Die Masseninhaftierung in den USA wurde in den letzten Jahren auch von Teilen der beiden Großparteien als Problem erkannt – allen voran von den Demokraten. Seit der Präsidentschaft Obamas kam es sowohl auf Bundesebene als auch in vielen Bundesstaaten zu Reformen, die sich insbesondere auf die Verringerung der Strafen für minderschwere Drogendelikte konzentrierten. Als theoretische Grundlage dieses Fokus dient den ReformeInnen häufig eine Erzählung über die Masseninhaftierung, die am prägnantesten von Michelle Alexander in ihrem Buch *The New Jim Crow* formuliert worden ist. Im Artikel wird eine Kritik an dieser Erzählung entwickelt und gezeigt, dass die Konzentration auf den »Krieg gegen die Drogen« ernsthaften Reformen des Systems der Strafjustiz im Weg steht.

Stichwörter: Masseninhaftierung, Rassismus, USA, Krieg gegen die Drogen

Tinkering around the edges

A critique of liberal prison reform in the USA and its theoretical legitimation

Abstract: US-Mass Incarceration has been discovered as a problem even from parts of the two major political parties in recent years, especially the Democrats. Since Obamas presidency there have been reform efforts on the federal as well as the state level, which aimed primarily at the reduction of sentencing lengths for low-level drug offenders. As a theoretical basis of this reform-focus a story about mass incarceration is often referred to, which was most prominently advanced by Michelle Alexander in her book *The New Jim Crow*. In this article a critique of this story will be presented, which shows, that the concentration on the »War on Drugs« restricts serious reforms of the criminal justice system.

Keywords: Mass incarceration, racism, USA, war on drugs

* Lukas Egger ist Politikwissenschaftler und promoviert an der Uni Wien zum Thema Rassismus aus der Perspektive materialistischer Staatstheorie.

1 Für hilfreiche Anmerkungen danke ich Ingo Stützle und der gesamten PROKLA-Redaktion.

Das Thema der Masseninhaftierung in den USA hat in den vergangenen Jahren vermehrt Aufmerksamkeit bekommen. Sowohl der Erfolg von Sachbüchern zum Thema als auch Dokumentationen und TV-Serien haben dafür gesorgt. Das Ausmaß des US-amerikanischen Gefängniskomplexes ist mittlerweile dem politisch interessierten Publikum einigermaßen geläufig. Selten wird aber wirklich durchdrungen, wie obszön dieses System tatsächlich ist.

Seit den 1970er-Jahren stiegen die Inhaftierungsraten in den USA von einem mit anderen westlichen Nationen vergleichbaren Niveau innerhalb von 40 Jahren um über 700 Prozent auf 760 Häftlinge auf 100.000 EinwohnerInnen an. Im Jahr 2008, am Höhepunkt der Entwicklung, war fast jeder hundertste AmerikanerIn inhaftiert und beinahe jede dritte Person hatte in irgendeiner Form einen Eintrag im Strafregister, war auf Bewährung oder hatte Zeit in einem Gefängnis verbracht (Beckett/Francis 2020: 434). Zu diesem Zeitpunkt betrug die Rate der Inhaftierungen in den USA in etwa das Zehnfache von Ländern wie Deutschland oder Dänemark. Obwohl die USA nur fünf Prozent der Weltbevölkerung stellen, sorgen sie global betrachtet für 25 Prozent der Häftlinge (Pfaff 2017: 1). Im historischen Vergleich gab es, abgesehen von Stalins Sowjetunion, nie ein Land, das seine Bevölkerung in einem höheren Ausmaß inhaftiert hat. Die Inhaftierungsrate für Schwarze ist einstweilen präzedenzlos. Afroamerikanische Männer, die Ende der 1960er-Jahre geboren wurden, hatten eine höhere Wahrscheinlichkeit, im Gefängnis zu landen, als ein Studium abzuschließen. Ein schwarzer Highschool-Abbrecher unter 35 Jahren hat noch heute eine größere Chance inhaftiert zu werden, als am regulären Arbeitsmarkt einen Job zu finden (Travis u.a. 2014: 13; Clegg/Usmani 2019: 9).

Dass die Zahl der Inhaftierten 2009 ihren bisherigen Höchststand erreicht hat und seitdem leicht sinkt, gibt Anlass zu leichtem Optimismus. Dieser Umschwung fiel mit dem Präsidentschaftsantritt von Barack Obama und dessen ersten Schritten zu einer föderalen Reformierung der Strafjustiz zusammen. Wie ich im Folgenden aber argumentieren werde, ist diese zeitliche Korrelation trügerisch. Unter Donald Trump wurde mit Obamas Reformprogramm weitgehend gebrochen. Trotz dessen ging aber auch zwischen 2016 und heute die Zahl der Inhaftierten insgesamt weiterhin zurück, womit sich der Trend seit 2009 fortsetzte. Die Inhaftierungsraten fielen in den letzten zwölf Jahren und selbst unter Trump jedes Jahr um durchschnittlich etwa zwei Prozent (Ghandnoosh 2021).²

² Diese Entwicklung sollte allerdings nicht überbewertet werden. Ginge der Trend im gleichen Tempo weiter, würde es weitere 80 Jahre dauern, bis die USA wieder das Inhaftierungsniveau der 1980er-Jahre erreicht hätten (Jay 2019: 209).

Im Folgenden will ich versuchen, diese Dynamik begreiflich zu machen. Im ersten Teil werde ich den liberalen Zugang zur Reform des Systems der Masseninhaftierung in den USA darstellen und zeigen, dass er auf relativ leicht erreichbare Ziele fokussiert und auf einer Mischung aus einem selektiven Humanismus und fiskalpolitischer Austerität basiert. Die liberale Kritik am Gefängnis Komplex ist stark von einer sozialgeschichtlichen Erklärung geprägt. Diese ist am einflussreichsten von Michelle Alexander in ihrem Buch *The New Jim Crow* ausgeführt worden. Anhand der in der jüngeren Vergangenheit formulierten Kritiken an dieser Standarderzählung sollen ihre tatsächlichen Grundlagen erklärt und gezeigt werden, dass die rückläufigen Tendenzen seit 2009 weniger mit der Politik von Obama oder Trump zu tun haben als mit der Kriminalitätsentwicklung und lokaler sowie bundesstaatlicher Politik. Es soll deutlich werden, dass die Masseninhaftierung ein Ergebnis der spezifischen Modernisierungsgeschichte des US-amerikanischen Kapitalismus darstellt, deren Reformierung oder gar Abschaffung politische Strategien erfordern würde, die weit über die Perspektiven liberaler ReformInnen hinausgehen.

Die liberale Strafjustizpolitik

Kurz nach seiner Amtsübernahme versprach der neue US-Präsident Joe Biden im Rahmen seiner *racial-justice*-Agenda, dem Gefängnis Komplex ein Ende zu machen. Dass ausgerechnet Joe Biden zum Hoffnungsträger werden konnte, muss zunächst überraschend wirken: Es war Biden, der maßgeblich für die Ausarbeitung des *Violent Crime Control and Law Enforcement Act* von 1994 verantwortlich war, der unter Präsident Bill Clinton verabschiedet worden ist. Dieser sah unter anderem die Ausweitung der Todesstrafe, das Anheben der Mindeststrafen für Drogendelikte und Subventionen für den Bau neuer Haftanstalten vor (Clegg/Usmani 2017: 27).

Dass der einstige Architekt autoritärer Strafjustiz heute als progressiver Reformier des Gefängnis Systems gilt, kann als Indikator eines allgemeinen Trendwechsels in der US-amerikanischen Politik gelesen werden. Wie Hadar Aviram (2015; 2020) gezeigt hat, entwickelte sich seit den frühen 2000er-Jahren, beschleunigt durch die Finanzkrise von 2008, ein von beiden Großparteien getragener Diskurs, der den Gefängnis Komplex als budgetäre Belastung betrachtet. Infolgedessen kam es zu einigen Verbesserungen: Isolationshaft wurde zurückgefahren, manche Staaten schafften die Todesstrafe ab, vorzeitige Haftentlassungen für Kleinkriminelle sowie alte und kranke Häftlinge wurden häufiger, Drogen- und vor allem Marihuanadelikte wurden entkriminalisiert oder zumindest weit weniger drakonisch bestraft als am Höhepunkt des *War on Drugs* (Aviram 2015: 4).

Allerdings waren diese Entwicklungen Teil austeritätspolitischer Strategien. Der Kostendruck auf die öffentlichen Budgets durch das überdimensionierte Strafjustizsystem sollte nicht nur durch die Reduktion von Gefangenen und Kulanz bei Kleinkriminalität, sondern auch durch den Abbau von Rehabilitationsprogrammen sowie Weiterbildungs- und Therapieangeboten für Häftlinge bewältigt werden. Gleichzeitig wurde die »Eigenfinanzierung« des Gefängnisystems durch die Häftlinge vorangetrieben, die administrative Kosten, Infrastruktur und Gesundheitsleistungen nun teilweise selbst zu zahlen haben und am Ende ihrer Haft oft verschuldet das Gefängnis verlassen (Scherrer/Shah 2016: 546). Dieser austeritätspolitische Konsens ermöglichte noch während Obamas Amtszeit, dass einige RepublikanerInnen eine Reihe an reformistischen Bestrebungen unterstützten, die vor allem auf die Drogenpolitik bezogen waren. Allerdings beruht er auf einer Konzentration auf relativ einfach erreichbare und daher kosmetische Maßnahmen, wie die Reduktion von Strafen für Klein- vor allem Drogenkriminalität. Das Strafmaß für Schwerverbrechen wurde hingegen oftmals weiter angehoben (Aviram 2020: 10; Pfaff 2017: 23f.).

Während die Unterstützung der Strafjustizreformen bei Konservativen relativ offen austeritätspolitisch motiviert ist, wird dieselbe Politik von Demokraten gerne humanitär und sozialtheoretisch begründet. Liberale ReformenInnen sehen meist den maßgeblichen Grund für das Ausmaß an Häftlingen insgesamt als auch der rassifzierten Disparitäten in den Inhaftierungsraten im strafrechtlichen Umgang mit Drogenkriminalität. Auf Grundlage dieser Auffassungen war es für die Demokraten seit Obama möglich, oberflächliche Reformen im Bereich der Drogenpolitik als ambitionierten Beitrag zur Bekämpfung von Masseninhaftierung und Rassismus auszugeben.

Die Masseninhaftierung als *New Jim Crow*

Eine gesellschaftstheoretische Grundlage findet die liberale Reformpolitik in einer Erklärung der Masseninhaftierung, die seit den 1990er-Jahren die Forschung zu diesem Thema dominiert (Forman Jr. 2012: 105). Sie wurde am einflussreichsten von der Juristin Michelle Alexander formuliert, die in ihrem 2010 erschienenen Buch *The New Jim Crow* das System der Masseninhaftierung mit dem rassistischen System im US-amerikanischen Süden vergleicht, das nach dem Ende des Bürgerkrieges und der Rekonstruktion etabliert worden ist. Den heutigen Strafjustizkomplex versteht sie als drittes großes rassifziertes Kontrollsystem in der Geschichte der USA nach der Sklaverei und der Segregation.

Diese Perspektive, die unter anderem von Alexander vertreten wird, sieht den Auslöser des sprunghaften Anstiegs der Inhaftierungsraten seit den 1970er-Jahren in gesellschaftlichen Umbrüchen, die mit der Bürgerrechtsbewegung seit den 1950er-Jahren zusammenhängen. Während die Demokratische Partei, die lange Zeit als Vertretungsorgan der Plantagenbesitzerklasse der Südstaaten galt, sich zögerlich auf die Seite des *Civil Rights Movements* schlug, versuchten Konservative mittels der Mobilisierung rassistischer Einstellungen enttäuschte WählerInnen der Demokraten zu gewinnen und dadurch die Überreste von Roosevelts *New-Deal*-Koalition aufzubrechen (Alexander 2016: 73f.). Vor allem durch die rassistische Rahmung des Themas der Kriminalität sei es den Republikanern gelungen, Gewalt und die Taktik des zivilen Ungehorsams der Bürgerrechtsbewegung miteinander zu identifizieren und so eine diskursive Verknüpfung von schwarzen Menschen mit Kriminalität zu etablieren (ebd.: 69f.). Konservative PolitikerInnen redeten scheinbar neutral von *Law and Order*, sprachen damit aber implizit und gezielt rassistische Affekte an. Besonders nach dem *Civil Rights Act* von 1964 und im Wahlkampf von Richard Nixon sei diese ideologische Taktik vermehrt zum Einsatz gekommen (Beckett/Francis 2020: 436f.).

Nach Alexander habe diese Strategie jedoch nicht nur zu einer Neujustierung der beiden Großparteien und ihrer WählerInnenschaft geführt. Der von Nixon ausgerufene und von Reagan verstärkte *War on Drugs* ermöglichte ihr zufolge den Republikanern, ein neues rassistisches Kontrollregime zu etablieren, mit dem Ziel, die Erfolge des *Civil Rights Movements* de facto rückgängig zu machen. Das fortwährende Schüren der moralischen Panik in Bezug auf Drogenkriminalität und »schwarze Gewalt« habe zu einem Wettlauf zwischen Demokraten und Republikanern um die Stimmen konservativer weißer WählerInnen geführt, wodurch der Ausbau des Straf- und Gefängnisystems bis in die 2000er-Jahre permanent vorangetrieben worden sei. Auf Bundesebene seien Förderungen für Bundesstaaten an härtere Maßnahmen im Strafvollzug gebunden worden, was zu einem massiven Anstieg der Inhaftierungsraten und schließlich zur Masseninhaftierung geführt habe (ebd.: 437).

Alexander vertrat die Auffassung, die exorbitanten Inhaftierungsraten der USA seien »unmittelbar auf den Krieg gegen die Drogen zurückzuführen« (Alexander 2016: 27) und verwandelte sie in einen nationalen Beststeller; kurz danach wurde dieses Narrativ von den Demokraten aufgegriffen.³

3 Es muss betont werden, dass die Erzählung von Alexander und anderen die liberalen Reformbestrebungen nicht verursacht hat. Die Kausalkette verlief eher so, dass mit dem Sinken der Kriminalität ab Mitte der 1990er-Jahre die Punitivität (der Wunsch nach Bestrafungen) in der Bevölkerung zu sinken begann und damit PolitikerInnen weniger stark gezwungen waren, *tough-on-crime* zu wirken. Nach dem Platzen der Dotcom-Blase im Jahr

Im gleichen Jahr, in dem Alexanders Buch erschienen ist, 2010, wurde Obamas *Fair Sentencing Act* verabschiedet, der die Reduktion der abstrus hohen Mindeststrafen für Crack vorsah – der Standarderzählung nach ein zentraler Grund für die überproportionale Inhaftierung von schwarzen Männern. In einer viel beachteten Rede bei der Bürgerrechtsorganisation NAACP im Jahr 2015 machte Obama explizit, dass er die Strafhöhe für minderschwere Drogendelikte als Ursprung der enormen Häftlingszahlen betrachtete (Pfaff 2017: 21). Hillary Clinton übernahm in ihrer Präsidentschaftskampagne diesen Fokus und entwickelte zusammen mit AktivistInnen von *Black Lives Matter* eine Reformagenda, die den »systemischen Rassismus« in den USA bekämpfen sollte, der sich an einem Strafjustizsystem zeige, »durch das zu viele schwarze Eltern ihren Kindern entrissen und aufgrund von Kleindelikten inhaftiert werden«.⁴ Auch Bidens aktuell angekündigtes Reformvorhaben fokussiert primär auf die Reduktion von Strafen für Drogen und die Beseitigung von behördlichem Bias.⁵

In den letzten Jahren wurden sämtliche Eckpfeiler der Standarderzählung über die Masseninhaftierung und der auf ihr basierenden Reformpolitik Gegenstand von Kritik. Mehrere AutorInnen stellten empirische Ungereimtheiten des Narrativs heraus, in deren Licht die ursächliche Rolle des »Krieges gegen die Drogen« zweifelhaft erscheint.⁶ Die wichtigsten Kritikpunkte an den beiden Säulen der liberalen Erzählung werden im Folgenden dargelegt und durch eine alternative, materialistische Erklärung für das Ausmaß der rassifizierten Disparitäten bei den Inhaftierungsraten ergänzt.

Der »Krieg gegen die Drogen«

Wie weiter oben ausgeführt besteht der Zweck der Masseninhaftierung Alexanders Argumentation zufolge in der Errichtung eines rassistischen Systems sozialer Kontrolle, motiviert durch einen weißen Revanchismus als Reaktion auf die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung. Das Mittel zur Erreichung dieses Ziels sei der von Richard Nixon erstmals ausgerufenen und von Ronald Reagan radikalisierte »Krieg gegen die Drogen« gewesen, der in Wirklichkeit ein Angriff auf die schwarze Bevölkerung gewesen sei.

2000 wurde die Überdimensioniertheit des Gefängnisystems von der Politik als budgetäres Problem entdeckt. Die *New-Jim-Crow*-Erzählung bot in dieser Gemengelage eine praktisch adäquate Handreichte.

4 »Clinton promises 'end to end' criminal justice reform in pitch to black voters«, <https://www.politico.com> (10.2.2016). – Alle englischen Zitate im Text vom Autor übersetzt.

5 <https://joebiden.com/justice/> – aus Platzgründen verzichte ich auf eine Kritik des Fokus liberaler ReformerInnen auf den privaten Gefängnissektor.

6 Vgl. Foreman Jr. 2012; Pfaff 2017; Jay 2019; Clegg/Usmani 2019.

In einem Buch von 2017 hat John Pfaff eine statistisch fundierte Kritik an diesem Aspekt der Standarderzählung vorgelegt. Er zeigt, dass Nixon zwar seit Beginn der 1970er-Jahre eine aggressive Rhetorik gegenüber Drogenkriminalität pflegte, seine Politik aber zu keinem nennenswerten Anstieg der Inhaftierungen für Drogendelikte geführt hat. Noch im Jahr 1980 machten Häftlinge, die aufgrund von Besitz oder Handel mit illegalen Suchtmitteln im Gefängnis waren, nur sieben Prozent der Gesamtinsassen aus. Als Ronald Reagan 1982 den »Krieg gegen die Drogen« verkündete, war aber die Gefängnispopulation in der Dekade zuvor bereits um fast 80 Prozent angewachsen (Pfaff 2017: 27). Dieser Zuwachs ist allerdings beinahe gänzlich auf Inhaftierungen aufgrund von Eigentums- und Gewaltdelikten zurückzuführen und Reagans Drogenpolitik hat auch in den 1980er-Jahren zu keiner sichtbaren Veränderung geführt. In den 1990er- und 2000er-Jahren – nach Ansicht vieler der Höhepunkt des *War on Drugs* – gingen zwei Drittel des Anstiegs der Inhaftierungen auf Gewaltverbrechen zurück (ebd.: 32f.). Der Anteil an Gefangenen aufgrund von Drogendelikten beträgt bis heute etwa 20 Prozent und war wohl zu keinem Zeitpunkt höher als 25 Prozent. Würden alle Häftlinge aus dieser Kategorie freigelassen, hätten die USA wieder die Häftlingszahlen von Mitte der 1990er-Jahre, als das Land bereits überdurchschnittliche Inhaftierungsraten aufwies und die Masseninhaftierung längst instituiert war (ebd.: 49).⁷

Entgegen Alexanders Ansicht, wonach die Masseninhaftierung »unmittelbar auf den Krieg gegen die Drogen zurückzuführen« (Alexander 2016: 27) sei, war dessen Einfluss alles in allem gering. Der Anstieg der Inhaftierungsraten ging Nixons und Reagans Initiativen voraus und am Höhepunkt des *War on Drugs* in den 1990er-Jahren nahm der Anteil von Verurteilungen aufgrund von Drogendelikten gegenüber Eigentums- und Gewaltdelikten permanent ab. Wie lässt sich der Anstieg der Inhaftierungsraten alternativ erklären?

Der Anstieg von Gewalt

Der Fokus auf den »Krieg gegen die Drogen« lenkt die Aufmerksamkeit von jenem Phänomen ab, das für das Verständnis der Masseninhaftierung zentral ist: dem rapiden Anstieg von Gewaltkriminalität in armen, städtischen Wohngebieten. Ein solcher, der dem *punitive turn* in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren vorausging, wird von VertreterInnen der Standarderklärung zwar meistens zur Kenntnis genommen, gleichzeitig jedoch nur als

⁷ Der Einfluss der für die Standarderzählung besonders wichtigen Kategorie der minder schweren Drogenkriminalität ist sogar noch wesentlich geringer. Nach Pfaff liegt der Anteil an Häftlingen, die aufgrund von einmaligem oder wiederholtem Drogenhandel oder Besitz von kleinen Mengen inhaftiert sind, landesweit betrachtet bei etwa einem Prozent (Pfaff 2017: 36).

minder relevanter Faktor betrachtet. Alexander hält die Mordstatistiken, die von einem rapiden Anstieg in dieser Periode berichten, für »umstritten« (2016: 70) und fokussiert auf die diskursive Rahmung von Kriminalität, die vor allem für den autoritären Umschwung im Umgang mit Verbrechen verantwortlich gewesen sein soll. Die Zunahme von Gewalt sei weder besonders markant gewesen, noch könne sie die Herausbildung des Systems der Masseninhaftierung erklären, das vor allem auf die drakonische Anhebung der Strafen für minderschwere Drogendelikte zurückzuführen sei (ebd.: 146). Demgegenüber liegt jedoch der Grund für das unerbittliche Steigen der Inhaftierungsraten ab den 1970ern tatsächlich in der massiven Zunahme von Gewaltkriminalität in den 1960er-Jahren.

Verschiedene Studien haben mittlerweile eine solche Zunahme und deren Prägnanz ausreichend empirisch belegt (Enns 2016; Miller 2016; Pfaff 2017). Für den Zeitraum zwischen 1960 und 1990 stellen Clegg und Usmani eine Verdopplung der Mordrate, eine Verdreifachung von Eigentumsdelikten und eine Verfünffachung von Gewaltdelikten fest (2019: 19). Nach Forman Jr. (2012: 114) stiegen die gemeldeten Fälle von Straßenkriminalität zwischen 1963 und 1974 um hundert Prozent an. Am Gipfel der Gewaltwelle Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre hatte Washington D.C. die höchste Mordrate der USA und hätte, wenn die Stadt eine eigene Nation wäre, zu den drei gefährlichsten Ländern der Welt gezählt. Anfang der 1970er-Jahre war Mord die häufigste Todesursache unter jüngeren afroamerikanischen Männern und die USA wiesen zu diesem Zeitpunkt die höchsten Homizidraten aller OECD-Länder auf. Der punitive Umschwung der 1970er-Jahre ist den KritikerInnen der Standarderzählung zufolge zumindest zu einem großen Teil als rationale Reaktion auf diese Entwicklungen zu verstehen.⁸

Clegg und Usmani erklären die beschriebene Explosion an Gewalt durch den Zusammenbruch des *Share-Cropping*-Systems im Süden und der *Great Migration* von schwarzen, ehemaligen LandarbeiterInnen in die Städte im Norden. Dieser Prozess habe zu einer stark urban konzentrierten und rassi-

8 VertreterInnen der *New-Jim-Crow*-These entgegnen solchen Einwänden meist, dass es ab den 1980er Jahren zu einer Entkopplung von Mord- und Inhaftierungsraten gekommen sei: während erstere zu sinken begann, stiegen letztere ins Bodenlose (Beckett/Francis 2020: 442f.). Enns (2016: 103-108) und Clegg/Usmani (2019: 16f.) zeigten jedoch neben anderen, dass hier empirische Fehler vorliegen. Die absolute Zahl an Inhaftierten wird mit der absoluten Zahl an Morden und anderen Gewaltdelikten ins Verhältnis gesetzt. Der korrekte Vergleichsmaßstab wäre aber nicht die Gesamtzahl der Häftlinge, sondern müssten die neuen Inhaftierungen in einem gewissen Zeitraum, z.B. innerhalb eines Jahres, sein. So berechnet, wird deutlich, dass die Zu- und Abnahme der Zahl von Gefangenen in den USA zwischen 1960 und heute mit steigenden bzw. fallenden Raten an Gewaltkriminalität stark korreliert.

fizierten Armut geführt, die durch die Deindustrialisierung seit den 1950er-Jahren verschärft worden sei. Die Kapitalflucht in die Vorstädte, gefolgt von der besser verdienenden und mehrheitlichen weißen Mittelschicht, führte zugleich zum Wegbrechen der Steuerbasis der Städte, die folglich keine Ressourcen mehr hatten, um auf die urbane Krise adäquat reagieren zu können. Die Unterfinanzierung von Sozial- wie von Sicherheitspolitik bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit ging damit einher, dass formelle und informelle Disziplinierungsmechanismen verschwanden und die Kriminalität anstieg. Diese verstärkte wiederum die Flucht in die Vorstädte der besser verdienenden Bevölkerungsteile und intensivierte damit das Problem der städtischen Unterfinanzierung (Clegg/Usmani 2019: 26f.). Infolgedessen explodierte die Gewalt vor allem in mehrheitlich schwarzen und armen Wohngebieten.

Der US-Föderalismus als Faktor der Masseninhaftierung

Der Grund dafür, dass die Städte und Bundesstaaten auf den Anstieg von Gewalt mit härteren Polizei- und Inhaftierungsstrategien reagierten, liegt nicht zuletzt in der Struktur des politischen Systems der USA begründet. Der äußerst stark ausgeprägte Föderalismus der Vereinigten Staaten sorgt dafür, dass gerade im Bereich der Verbrechensbekämpfung die Staaten und Lokalitäten weitreichende Autonomie besitzen. Von den Bundesstaaten verwaltete Gefängnisse beherbergen fast 90 Prozent aller Häftlinge, PolizistInnen sind zu 80 Prozent im Dienst eben dieser Verwaltungsorgane und auch die Finanzierung des gesamten Strafsystems obliegt fast vollständig ihnen (Clegg/Usmani 2019: 45). Die Stärke der Bundesstaaten und der Gemeinden führt dazu, dass lokale EntscheidungsträgerInnen wesentlich direkter von ihrer Wählerbasis für Entwicklungen verantwortlich gemacht werden können. StaatsanwältInnen und RichterInnen werden in den USA, im Gegensatz zu den meisten anderen politischen Systemen, in vielen Fällen direkt von der Bevölkerung gewählt, und die Polizei untersteht ebenso demokratisch gewählten PolitikerInnen anstatt indirekt ins Amt berufenen BürokratInnen (ebd.: 18).

Als in den 1960er-Jahren die Gewaltkriminalität rapide anstieg, sahen sich Bundesstaaten und Städte mit einer panischen Bevölkerung konfrontiert, die ihre RepräsentantInnen für die Situation zur Rechenschaft zog. Die Städte und Gemeinden, die in den USA größtenteils selbst für ihre Finanzierung durch Steuern aufzukommen haben, waren daraufhin gezwungen, auf den Aufschwung an Gewalt zu reagieren, ohne aber über ausreichend fiskalpolitische Mittel zu verfügen. Dies gilt besonders für die ärmsten Gegenden, die zugleich jene waren, in denen die Kriminalität am stärksten zu steigen begann. Unter anderem als Reaktion auf die Gewalt flüchtete die verbliebene Industrie ebenso wie die besser verdienende Bevölkerung in die Vorstädte

und damit in eine neue Jurisdiktion mit eigener Steuerbasis, was den finanziellen Engpass der Stadtverwaltungen verstärkte (Clegg/Usmani 2019: 45f.). Die »Lösung« wurde in punitiver Verbrechensbekämpfung gefunden, die finanziell weniger aufwendig war und zugleich im autonomen Aufgabenbereich der betroffenen Lokalregierungen lag.

Durch diese föderalistische Struktur ergibt sich eine ungleiche Entwicklung zwischen den Bundesstaaten und zugleich eine starke Unabhängigkeit von Gesetzesinitiativen auf Bundesebene. Alexanders Erzählung, wonach der in Washington, D.C. losgetretene »Krieg gegen die Drogen« die Masseninhaftierung verursacht habe, geht demnach an der realen Entwicklung vorbei. Jene gesetzlichen Initiativen, die als dessen Eckpfeiler angesehen werden, wurden allesamt auf der Bundesebene beschlossen: der *Comprehensive Crime Control Act* von 1984, die *Anti-Drug Abuse Acts* von 1986 und 1988 sowie der *Violent Crime Control and Law Enforcement Act* von 1994. All diese Gesetze hatten, wie Pfaff (2017: 28f.) zeigt, keine signifikanten Auswirkungen auf die Inhaftierungsraten. Die Masseninhaftierung ist Effekt einer Sammlung von ad-hoc-Maßnahmen, die auf vielen lokalen, städtischen und einzelstaatlichen Ebenen beschlossen worden waren und im Umgang mit realen, steigenden Raten an Gewalt und Kriminalität auf eine zunehmend punitive, verunsicherte Öffentlichkeit reagierten (Forman Jr. 2012: 115; Clegg/Usmani 2019: 44f.). Das gilt auch für den »Krieg gegen die Drogen«. »Kurz gesagt«, so Pfaff (2017: 30), gibt es »nicht nur einen ›Krieg gegen die Drogen‹, sondern zwischen 50 und 3.300 Kriege gegen die Drogen, ausgefochten mit variierender Intensität in unterschiedlichen Zeiträumen, in verschiedenen Jurisdiktionen und auf unterschiedliche Art und Weise.«⁹

Sozialpolitische Unterentwicklung

Wie Clegg/Usmani (2019: 43) zeigen, waren die USA der 1960er-Jahre, als die Gewalt vor allem in den Innenstädten zu explodieren begann, bereits sehr schlecht ausgestattet, um diesem Anstieg etwas entgegenzusetzen zu können. Während das Land 1890 noch ein mit westeuropäischen Nationen vergleichbares Ausmaß von Sozialleistungen aufwies, hinkten die USA bereits 1930 um die Hälfte hinterher. Die staatliche Befriedungspolitik gegenüber einer organisierten, radikalen ArbeiterInnenbewegung mit Massenbasis, wie in Europa, fand Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts kein US-amerikanisches Pendant, weshalb die USA bis heute durch das durchlässigste Sozialsystem

⁹ Inhaftierungsraten weichen zwischen den Bundesstaaten stark voneinander ab: Maine zum Beispiel hatte 2014 eine Inhaftierungsrate von 169 auf 100.000. Jene von Louisiana betrug zum selben Zeitpunkt 818 auf 100.000 (Pfaff 2017: 14).

innerhalb westlicher Demokratien gekennzeichnet sind.¹⁰ Der Ausbau des Gefängnisystems könne nach Clegg und Usmani davon ausgehend als vergleichsweise billige Alternative zu einem Wohlfahrtsstaat europäischen Stils verstanden werden: Während die USA nur in etwa das Zwölfwache des Anteils ihres Budgets, der für den Strafvollzug aufgewandt wird, für Sozialpolitik ausgeben, beträgt dieses Verhältnis bei anderen OECD-Staaten durchschnittlich 22:1 (ebd.: 38).

Die Defizite des US-amerikanischen Sozialstaats, die sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts herausbildeten, kulminierten Clegg und Usmani zufolge schließlich in der Errichtung des Gefängnis Komplexes seit den 1970er-Jahren. Das Versagen in den 1960er-Jahren, auf Bundesebene eine Trendumkehr einzuleiten, führte auf lokaler Ebene dazu, dass PolitikerInnen, administratives Personal, BezirksstaatsanwältInnen, RichterInnen und polizeiliches Führungspersonal auf steigende Gewalt und eine zunehmend besorgte Bevölkerung mit dem Ausbau des Strafsystems reagierten (ebd.: 46).

Rassismus und der *punitive turn*

Der Standarderzählung zufolge handelt es sich bei der Masseninhaftierung um einen Effekt des von Bundesregierungen ab den späten 1960er-Jahren durchgesetzten »Krieges gegen die Drogen«. Wie ich gezeigt habe, hält diese Erklärung einer Prüfung nicht stand. Die Masseninhaftierung war die Folge dezentraler, vor allem lokaler politischer Reaktionen auf massiv steigende Raten von Gewaltkriminalität und hatte nur peripher mit Entscheidungen auf Bundesebene und mit der Inhaftierung von Drogenkriminellen zu tun.

Neben den bereits behandelten Aspekten betont Michelle Alexander aber auch den Einfluss des Rassismus für den Aufbau der Masseninhaftierung sehr stark, was in gesellschaftskritischen Kreisen zur Popularität ihres Ansatzes beigetragen hat. Alexander und anderen VertreterInnen der *New-Jim-Crow*-These zufolge war Rassismus nicht nur die zentrale Motivation für die Errichtung der Masseninhaftierung, sondern zugleich das Mittel, durch das die Zustimmung zu dieser Politik in der (weißen) Bevölkerung organisiert werden konnte. Ebenso sei durch rassistische Feindseligkeit zu erklären, warum die Inhaftierungsraten eine so gravierende rassifizierte Disparität aufweisen. Doch auch dieser Aspekt der Standarderzählung ist defizitär.

Zunächst kann die rassistische Stimmung in der weißen Bevölkerung in Reaktion auf das *Civil Rights Movement* alleine die steigende Zustimmung zu

¹⁰ Die rassistische Spaltung der US-amerikanischen ArbeiterInnenklasse spielt Clegg/Usmani (2019: 50f.) zufolge hierfür eine zentrale Rolle.

autoritärer Strafjustiz ab den 1960er-Jahren nicht erklären. Es stimmt zwar, dass diese innerhalb der weißen Bevölkerung deutlich höher war, aber es lässt sich zeitgleich auch bei schwarzen US-AmerikanerInnen eine steigende Befürwortung eines härteren Kurses gegenüber Kriminalität feststellen (Enns 2016; Miller 2016). »Wenn die Punitivität der Öffentlichkeit lediglich eine Reaktion auf die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung war«, so Clegg und Usmani (2019: 32), »ist es seltsam, dass schwarze AmerikanerInnen, die primären Profiteure dieser Verbesserungen, ebenso punitiv wurden.« Weiter kann die *New-Jim-Crow*-These nicht erklären, warum der Höhepunkt an Unterstützung für stärker autoritäre Maßnahmen im Strafvollzug in den 1990ern erreicht wurde – einem Zeitpunkt, an dem die rassistische Panik gegenüber dem über 20 Jahre zurückliegenden *Civil Rights Movements* kaum ausschlaggebend gewesen sein dürfte (ebd.).

Auch in der Politik wurde, anders als Alexander meint, der punitive Umschwung nicht nur durch weiße Konservative vorangetrieben. In Harlem war es in den späten 1960er-Jahren die schwarze Bürgerrechtsorganisation NAACP, die sich am entschiedensten für die Verschärfung des Strafausmaßes für Straßendiebstahl, Drogenhandel und Gewaltverbrechen einsetzte (Fortner 2015). Ähnliches dokumentierte James Forman Jr. (2017) für Washington D.C., der einzigen Jurisdiktion innerhalb der heutigen USA, die sich durch eine schwarze Mehrheit innerhalb der Wählerpopulation auszeichnet. Seit 1973 haben dort sechs schwarze BürgermeisterInnen amtiert und AfroamerikanerInnen stellen die Mehrheit der Polizeibeamten auf allen Ebenen. Dennoch hat die Hauptstadt der USA Inhaftierungsraten – sowohl auf die Gesamtbevölkerung als auch auf ihren schwarzen Anteil bezogen – die jenen in anderen, mehrheitlich von Weißen regierten Städten gleichen (Forman Jr. 2012: 120). Betrachtet man das Abstimmungsverhalten von afroamerikanischen Abgeordneten im Repräsentantenhaus, zeigt sich, dass diese in absoluter Mehrheit für alle drei großen, föderalen *Crime Control Acts* zwischen 1968 und 1994 stimmten, die zu einer Verschärfung der Strafjustiz beigetragen haben (Clegg/Usmani 2017: 26f.; Jay 2019: 185f.).¹¹ Diese Tatsachen sprechen eher dafür, dass die steigende Zustimmung zu autoritärer

11 Alexander meint, diese Tatsache »überzeugt heute so wenig wie vor hundert Jahren«, da es auch damals »Afroamerikaner gegeben [habe], die aus verschiedenen Gründen das herrschende Kontrollsystem verteidigten oder sich damit gemein machten.« (2016: 41) Jedoch gibt es kein einziges Beispiel dafür, dass das alte *Jim-Crow*-System von der schwarzen Bevölkerung in einem ähnlichen Ausmaß unterstützt, von schwarzen Organisationen befördert, oder von schwarzen PolitikerInnen mitgetragen worden wäre. Wo auch immer AfroamerikanerInnen die Möglichkeit bekamen, verhinderten sie die Implementierung der Segregationsgesetze (Foreman Jr. 2012: 115).

Strafjustiz und ihre politische Bearbeitung mittels aggressiverer Polizei- und Inhaftierungsstrategien von einem realen Anstieg an Gewalt und Kriminalität getragen wurde und zumindest nicht ausschließlich einer rassistischen Panik unter Weißen geschuldet war.

Rassifizierte Disparitäten

Bezüglich der rassifizierten Ungleichheiten in den Inhaftierungsraten, die von Alexander als Ergebnis einer rassistischen Strategie interpretiert werden, ist die Datenlage ebenso weniger eindeutig als von der Standarderzählung insinuiert. Zwar ist es richtig, dass die Inhaftierungsraten afroamerikanischer Männer sechs Mal so hoch sind wie jene weißer Männer. Der Blick auf diese statistischen Disparitäten führt bei BeobachterInnen oft zum vorschnellen Schluss, dass ein nicht weiter erklärungsbedürftiger »rassistischer Animus« die alleinige Ursache für die Ungleichheiten sein müsse (Gottschalk 2015: 119f.). Bei näherem Blick wird aber deutlich, dass andere Faktoren, die auf die Klassenzugehörigkeit der Akteure schließen lassen, wie formeller Bildungsgrad oder Einkommen, signifikantere Effekte auf die Wahrscheinlichkeit einer Inhaftierung haben als die sogenannte »Rassenzugehörigkeit« (Jay 2019: 184f.). Die massive, rassifizierte Ungleichheit in den Inhaftierungsraten zwischen schwarzen und weißen Männern erklärt sich beinahe vollständig aus der Überrepräsentation der schwarzen Bevölkerung in den Klassensegmenten, die vermehrt für Eigentums- und Gewaltdelikte verurteilt werden (Clegg/Usmani 2019: 47).¹²

Dementsprechend sind die Inhaftierungsraten bei Männern ohne High-school-Abschluss ab den 1980er-Jahren in die Höhe geschossen, während jene von College-AbsolventInnen, egal welcher Hautfarbe, zur selben Zeit stark zurückgegangen sind. Im Jahr 2017 hatte ein männlicher, weißer Schulabgänger eine fünfzehnmal höhere Wahrscheinlichkeit im Gefängnis zu landen als ein Schwarzer mit Universitätsabschluss (ebd.: 12ff.).¹³ Rassistischer Bias auf

12 Ein naheliegender Einwand wäre natürlich, dass schon hier rassistischer Bias für die Verhaftungen und Verurteilungen von Schwarzen verantwortlich ist. Clegg und Usmani errechnen anhand von empirischen Untersuchungen, die rassistische Ungleichheiten im Strafausmaß zwischen weißen und schwarzen Angeklagten analysiert haben, dass dieser Bias insgesamt für maximal zwei Prozent der rassifizierten Disparitäten verantwortlich sein kann – was in absoluten Zahlen noch immer enorm wäre und die Notwendigkeit von Antidiskriminierungsmaßnahmen deutlich macht (Clegg/Usmani 2019: 47).

13 Die Gender-Dimension dieser Disparitäten wäre eine eigene Untersuchung wert. Während die Ungleichheit zwischen den Inhaftierungsraten von schwarzen und weißen Männern in den letzten Jahren leicht rückläufig war, war derselbe Trend bei schwarzen und weißen Frauen wesentlich ausgeprägter. Weiße Frauen – neben Latinas, bei denen eine

allen Ebenen des Strafsystems führt zwar dazu, dass auch bis in die höchsten Bildungsschichten hinein die Wahrscheinlichkeit inhaftiert zu werden für Schwarze größer ist als für Weiße, gleichzeitig finden sich aber gerade in armen, fast ausschließlich weißen Gegenden manche der höchsten Inhaftierungsraten (Gottschalk 2016). Selbst wenn sämtliche afroamerikanischen Häftlinge von heute auf morgen freigelassen würden, hätten die USA noch immer die höchsten Inhaftierungsraten der Welt (Clegg/Lucas 2015: 31).

Natürlich stimmt es, dass Schwarze aufgrund von rassistischer Diskriminierung überproportional in den angesprochenen Klassensegmenten zu finden sind. Wird die ökonomische Dimension der rassifizierten Ungleichheit allerdings übergangen und schlicht unter »Rassismus« verbucht, liegt es nahe, zu ihrer Beseitigung antirassistische Sensibilisierung, mehr schwarze PolizistInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen und ähnliche Maßnahmen zu fordern – was auch regelmäßig geschieht. Solche Dinge sind zwar wichtig, haben aber nur einen geringen Effekt. Sie werden aufgrund der Bedeutung ökonomischer Mechanismen für die Überrepräsentation von AfroamerikanerInnen in der Gefängnispopulation nur marginal zur Bekämpfung der rassifizierten Disparitäten und der Reduktion der Gefängnispopulation insgesamt beitragen.

Rassismus ist für die Erklärung der Masseninhaftierung zentral, seine Wirkung ist aber »weniger direkt und zugleich grundlegender« (Clegg/Usmani 2019: 50) als von der Standarderzählung behauptet. Die rassistische Sklaverei war sowohl für den ausgeprägten Föderalismus der USA als auch für die verspätete Proletarisierung weiter Teile der afroamerikanischen Bevölkerung verantwortlich. Diese konnten sich erst dann von den formellen Eingangshürden in die US-amerikanische Gesellschaft befreien, als der fordistische Aufschwung an sein Ende kam. Sie wurden daher »vom industriellen Boom Amerikas übergangen« (ebd.: 51) und waren von sämtlichen Verwerfungen der neoliberalen Periode überproportional betroffen – so auch von der Masseninhaftierung. Allerdings ist es wichtig, die identitätsneutralen und identitätsbasierten Mechanismen, die für die rassifizierten Ungleichheiten im System der Masseninhaftierung verantwortlich sind, auseinanderzuhalten, da sie nach unterschiedlichen politische Lösungen verlangen.¹⁴ Antidiskriminierungsmaßnahmen alleine reichen nicht, da die rassistischen Disparitäten, Clegg und Usmani zufolge, »größtenteils kein Resultat ungerechter,

leichte Zunahme um fünf Prozent zu verzeichnen ist – sind die einzige demografische Kategorie, bei der die Inhaftierungsraten seit 2000 gestiegen sind. Siehe hierzu: <https://www.sentencingproject.org>.

14 Zur Unterscheidung zwischen identitätsbasierten und identitätsneutralen Mechanismen und der Bedeutung derselben für eine materialistische Rassismustheorie, vgl. Carter 2008.

diskriminierender Behandlung innerhalb des Systems der Strafjustiz, sondern Effekt der grundlegenden rassifizierten Ungleichheit Amerikas außerhalb davon« sind (ebd.: 49).

Zur notwendigen Beschränktheit liberaler Gefängnisreformen

Durch den Fokus auf den »Krieg gegen die Drogen« hat die Standarderzählung die Debatte um Strafrechtsreformen auf Aspekte gelenkt, die am Kern der Sache vorbeigehen. Sie verortet das Problem – und damit auch den Ansatzpunkt möglicher Reformen – auf der Ebene der Bundesregierung. Doch hatte weder die Politik unter Nixon noch unter Reagan, Obama oder Trump einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der Inhaftierungsraten. Nur etwa zehn Prozent der US-amerikanischen Häftlinge sind in Bundesgefängnissen untergebracht.

Wie der Aufbau der Masseninhaftierung ist auch ihr zögerlicher Rückgang seit 2009 Ergebnis einer Reihe lokaler Reaktionen auf steigende, respektive sinkende Kriminalitätsraten. Wenn diese im Fallen begriffen sind, verstärken Reformen – vor allem jene auf Ebene der Bundesstaaten – auch das Fallen der Inhaftierungsraten. Ihre Wirksamkeit bleibt aber begrenzt, so lange sie sich auf Strafen für minderschwere Delikte richten. Etwa die Hälfte des Häftlingsrückgangs zwischen 2010 und 2014 ging alleine auf Entwicklungen in Kalifornien zurück und hatte wenig bis gar nichts mit Obamas Politik zu tun. Die Bedeutung von Initiativen auf der Ebene der Bundesstaaten wird auch dadurch deutlich, dass der nationale Rückgang seit 2009 nur in etwa 25 Staaten tatsächlich ein solcher war, während in den anderen die Inhaftierungsraten weiter anstiegen – allerdings in geringerem Ausmaß als sie in den anderen Staaten zum gleichen Zeitpunkt fielen, wodurch sich insgesamt ein rückläufiger Trend ergibt (Pfaff 2017: 14).

Die letzte große Finanzkrise brachte starken Rückenwind für Reformen des Justiz- und Gefängnisystems. Während zwischen 2000 und 2007 verschärfende Strafrechtsreformen drei Mal so häufig vorkamen als progressive Reformen, drehte sich dieses Verhältnis zwischen 2007 und 2012 um (ebd.: 105f.). Diese Maßnahmen hatten definitiv Auswirkungen auf die Inhaftierungsraten und waren für jene, die aufgrund der Verbesserungen früher entlassen oder weniger lange Haftstrafen zu verbüßen hatten, von unschätzbbarer Bedeutung. Da die Reformen aber zu großen Teilen auf das Lieblingsthema der Standardstory (minderschwere Drogendelikte) fokussierten, blieb ihre Wirkung beschränkt, woraus sich das langsame Tempo des Rückgangs der Inhaftierungsraten erklärt.

Reformen, die zu einer dauerhaften und einschneidenden Reduktion der Inhaftierungsraten und Häftlingszahlen führen sollen, hätten auf einem völ-

lig neuen Umgang mit Gewaltverbrechen aufzubauen, der sich zudem vor allem auf Ebene der Bundesstaaten und Gemeinden niederschlagen müsste. Rehabilitative und therapeutische Lösungen müssten offensiv auch für schwere Vergehen gefordert werden, anstatt, wie die Standarderzählung, zu insinuieren, es ginge beim Abbau der Masseninhaftierung nur um einen neuen Umgang mit minderschweren Vergehen. Etwa 60 Prozent der Häftlinge verbüßen Strafen aufgrund von Mord, Totschlag, bewaffnetem Raubüberfall oder schwerer Körperverletzung (ebd.: 187). Auf sie müsste ernstgemeinte Gefängnisreformpolitik ihren Fokus legen.

Der massive Anstieg von Gewalt in US-amerikanischen Städten ab den 1960er-Jahren war real und war Konsequenz aus der spezifischen, rassifizierten Modernisierungsgeschichte des US-Kapitalismus. Deswegen war die Masseninhaftierung allerdings noch lange nicht alternativlos – oder gar legitim. Der Kriminologe Patrick Sharkey (2018) hat vor wenigen Jahren argumentiert, dass der *Great American Crime Decline* seit den 1990er-Jahren tatsächlich zu einem guten Teil auf den aggressiven Polizei- und Inhaftierungsstrategien beruhte, die zur Masseninhaftierung führten. Die Grausamkeit derselben wurde aber vor allem von den ärmsten und überproportional nicht-weißen Gemeinden getragen, weswegen es nicht wundern kann, dass jene ihren sozialen Unmut nun vor allem anhand des Themas der rassistischen Polizeigewalt Luft machen.

Eine wirkliche Prävention gegen Kriminalität müsste auf massiver sozialer Umverteilung beruhen, die den illegalen Gewaltökonomien, die sich als Alternative zum formellen Arbeitsmarkt in den vom Kapital verlassenen Zonen der USA gebildet haben, den Boden entzieht. Bidens Ankündigung, Geld, das im Strafjustizsystem eingespart wird, in unterfinanzierte Gemeinden investieren zu wollen, wirkt allerdings wenig überzeugend, wenn man bedenkt, dass die vergleichsweise unterentwickelte Sozialpolitik jährlich drei Billionen US-Dollar kostet, während das gesamte Strafjustizsystem mit 250 Milliarden finanziert werden kann (Clegg/Usmani 2019: 37). Ein Ausbau sozialer Sicherungssysteme, der die Wurzel der für westliche Industrienationen unüblich stark ausgeprägten Gewalt rate der USA tangieren könnte, würde einen enormen Umfang an Investitionen voraussetzen, der nie und nimmer durch eine einfache Budgetverschiebung erreicht werden kann.

Conclusio

Gerade zeichnet sich in den USA eine besorgniserregende Trendwende ab. Die Zusammenhänge sind noch unklar und kaum erforscht, aber statistisch war 2020 das Jahr mit der höchsten Mordrate des 21. Jahrhunderts und wohl

dem höchsten Anstieg zum Vorjahr aller Zeiten.¹⁵ Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte mit permanent fallenden Raten an Gewaltkriminalität könnten, wenn sich dieser Trend verstetigt, der Vergangenheit angehören. Das bedeutet auch, dass der überparteiliche Konsens, wonach das Gefängnisssystem in seiner *Überdimensioniertheit* nicht mehr gerechtfertigt ist, ebenso bröckeln könnte und die Rhetorik von Trump eher Vorreiter als Ausreißer war.

Die Entwicklungen des letzten Jahres führen zu widersprüchlichen Voraussetzungen. Bidens *American Jobs Plan* lässt zumindest hoffen, dass die schlimmsten Zeiten fiskalpolitischer Austerität der Vergangenheit angehören. Dies wäre auf der einen Seite eine gute Ausgangslage, um für die notwendigen Umverteilungsmaßnahmen Gehör zu finden, andererseits könnte das vermeintliche Ende des Neoliberalismus ebenso zum Aufbrechen des austeritätspolitisch motivierten Reformkonsenses in Bezug auf das Gefängnisssystem führen. Zusätzlich dazu hat *Black Lives Matter* Rassismus und Strafrechtsreformen radikal auf die politische Tagesordnung gesetzt, während darüber hinaus erneut die Gewalt auf den Straßen zu explodieren scheint. Aus Sicht einer umfassenden, linken Strafrechtsreformpolitik könnte dieses ambivalente Moment ausgenutzt werden, indem Forderungen nach Investitionen in Arbeitsplätze und Infrastruktur mit einem weniger punitiven Vorgehen gegenüber Gewaltkriminalität in Verbindung gebracht werden. Die Standarderzählung und ihre liberalen AnhängerInnen werden hierbei allerdings mehr Hindernis als Hilfe sein, weshalb es für Linke an der Zeit wäre, sich von ihr endgültig zu verabschieden.

Literatur

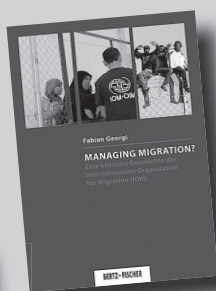
- Alexander, Michelle (2016): *The New Jim Crow*. Masseninhaftierung und Rassismus in den USA. München.
- Aviram, Hadar (2015): *Cheap on Crime*. Recession-Era Politics and the Transformation of American Punishment. Oakland.
- (2020): *Are We Still Cheap on Crime? Austerity, Punitivism, and Common Sense in the Trump/Sessions/Barr Era*. In: *Hastings Journal of Crime and Punishment* 1(1): 3-32.
- Beckett, Katherine / Francis, Megan Ming (2020): *The Origins of Mass Incarceration: The Racial Politics of Crime and Punishment in the Post-Civil Rights Era*. In: *Annual Review of Law and Social Science* 16: 433-452. DOI: <https://doi.org/10.1146/annurev-lawsocsci-110819-100304>.
- Carter, Bob (2008): *Marxism and Theories of Racism*. In: Bidet, Jacques / Kouvelakis, Stasis (Hg.): *Critical Companion to Contemporary Marxism*. Boston/Leiden: 431-453.
- Clegg, John / Lucas, Rob (2015): *Brown v. Ferguson*. In: *Endnotes* 4: 10-69.
- Clegg, John / Usmani, Adaner (2019): *The Economic Origins of Mass Incarceration*. In: *Catalyst* 3(3): 9-53. DOI: <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3025670>.

15 Für eine Interpretation dieses Phänomens durch den bereits erwähnten Patrick Sharkey, siehe: »Why America's Great Crime Decline is Over«, <https://www.theatlantic.com/> (24.3.2021)

- Enns, Peter K. (2016): *Incarceration Nation. How the United States Became the Most Punitive Democracy in the World*. New York.
- Forman Jr., James (2012): *Racial Critiques of Mass Incarceration: Beyond the New Jim Crow*. In: *New York University Law Review* 87(1): 101-146.
- (2017): *Locking Up Our Own: Crime and Punishment in Black America*. New York.
- Fortner, Michael Javen (2015): *Black Silent Majority: The Rockefeller Drug Laws and the Politics of Punishment*. Cambridge/Massachusetts/London.
- Ghandnoosh, Nazgol (2021): *Can We Wait 60 Years to Cut the Prison Population in Half?* (22.1.2021). URL: <https://www.sentencingproject.org/>, Zugriff: 10.3.2021.
- Gottschalk, Marie (2015): *Caught. The Prison State and the Lockdown of American Politics*. Princeton/Oxford.
- (2016): *Conservatives Against Incarceration?* (23.12.2016). URL: <https://www.jacobinmag.com>, Zugriff: 10.3.2021.
- Jay, Mark (2019): *Cages and Crises: A Marxist Analysis of Mass Incarceration*. In: *Historical Materialism* 27(1): 182-223. DOI: <https://doi.org/10.1163/1569206X-00001726>.
- Pfaff, John (2017): *Locked In. The True Causes of Mass Incarceration – and How to Achieve Real Reform*. New York.
- Scherrer, Christoph / Shah, Anil (2016): *Die Wiederkehr der kommerziellen Gefängnisarbeit in den USA*. In: *Leviathan* 44(4): 536-557. DOI: <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2016-4-536>.
- Sharkey, Patrick (2018): *Uneasy Peace. The Great Crime Decline, the Renewal of City Life, and the Next War on Violence*. New York/London.
- Travis, Jeremy u.a. (2014): *The Growth of Incarceration in the United States: Exploring Causes and Consequences*. Washington. DOI: <https://doi.org/10.17226/18613>.

Reihe

**KRITISCHE
WISSEN-
SCHAFT**



Fabian Georgi
Managing Migration?
Eine kritische Geschichte
der Internationalen Organ-
isation für Migration (IOM)
Kritische Wissenschaft 2
448 Seiten | Pb. | 14,8 x 21 cm
€ 25,- [D] / 25,70 [A]
ISBN 978-3-86505-803-4

Hendrik Sander
Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus?
Die Energiewende nach Fukushima
Kritische Wissenschaft 1
324 Seiten | 22 Fotos | Paperback | 14,8 x 21 cm
€ 19,90 [D] | 20,50 [A]
ISBN 978-3-86505-801-0

BERTZ + FISCHER

www.berzt-fischer.de | mail@berzt-fischer.de | Newsletter: berzt-fischer.de/newsletter